



Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Im November fand der 47. JU-NRW-Tag in Bocholt statt.
Der Leitantrag lautete

„Raus aus den Schulden -
Finanzpolitik in generationenübergreifender Verantwortung für Nordrhein-Westfalen“

Mit diesem Leitantrag behandelt die JU eines der aktuellsten und wichtigsten Politikfelder der Gegenwart und der Zukunft.

Ich bin dankbar dafür, dass die JU gerade dieses Themenfeld besonders herausgestellt hat. Es zeigt sich, dass die junge Generation, die zukünftig Verantwortung übernehmen wird und muss, nicht nur die eigene Altersgruppe im Blickfeld hat, sondern auch generationsübergreifend das Gemeinwohl.

Erforderliche gesellschaftliche Veränderungen werden vielfach von jungen Menschen als Erste erkannt und dann entsprechende Reformen eingefordert.

Nicht nur die jüngere Generation, generationsübergreifend haben wir Verantwortung dafür, dass Schulden nicht die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand einschränkt. Hier sind Bund, Land und Kommunen gemeinsam verantwortlich für die Gestaltung der Zukunft.

Die Zukunft gestalten müssen wir allerdings in der Gegenwart.

Gegenwärtig, und auch in den letzten Jahren, erleben wir, wie die finanziellen Zuweisungen des Landes für die Kommunen des Münsterlandes zu Gunsten der Großstädte immer weiter abnehmen.

Einige Zahlen verdeutlichen diese Ungleichbehandlung.

Die Rot-Grüne Landesregierung billigt einem Einwohner im Münsterland im Jahr 2013 nur 125 € zu, aber einem Einwohner der Städten und Gemeinden im Ruhrgebiet 604 €.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, wenn die Stadt Bocholt sich der Klage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz der Kommunen des Kreises Borken anschließt.

Trotz dieser vom Land geschaffenen Rahmenbedingungen haben wir erstmalig unter NKF-Bedingungen einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorgelegt bekommen. Getrübt wurde diese Aussage allerdings durch die Erhöhung der Landschaftsumlage und daraus folgend die Erhöhung der Kreisumlage um 300 T EURO

Um nach wie vor einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen, wurde vom Kämmerer einfach der Gewerbesteueransatz um diesen Betrag erhöht.

Wenn wir in den Haushaltsberatungen einen Antrag gestellt hätten mit einem Kostenvolumen von 300 T EURO, was wäre passiert?

Ich sage es Ihnen, die Verwaltung hätte uns dringend abgeraten, den Antrag aufrecht zu erhalten mit dem Argument, dass der Haushaltsausgleich damit nicht mehr möglich ist.

Bereits im vorigen Jahr habe ich erklärt, dass aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren der Haushaltsplan zwar defizitär ist, wir aber davon ausgehen, dass das Rechnungsergebnis leicht positiv sein wird.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt wesentliche Abweichungen vom Haushaltsplan und den tatsächlichen bzw. voraussichtlichen Ergebnissen.

Die Jahresrechnung 2009 schließt mit einem Ergebnis von plus 3,2 Mio EURO ab, der Haushalt wurde verabschiedet mit einem Minus in der Ergebnisrechnung von 6,0 Mio EURO. Die Differenz zwischen Haushaltsplan und Jahresabschluss beträgt demnach fast 10 Mio EURO. Noch drastischer ist die Differenz zwischen Haushaltsplan und Jahresabschluss 2010. Hier beträgt die Verbesserung über 16 Mio EURO.

Das Jahresergebnis für die Jahre 2011-12 wird ebenfalls wesentlich besser ausfallen als geplant.

Nach den Prognosen zu Beginn der Haushaltsumstellung auf NKF hätten wir die Ausgleichsrücklage zu Ende 2012 bereits komplett verzehrt.

Laut Vorbericht zum Haushaltsplan wird die Ausgleichsrücklage zu Ende 2012 auf etwa 47 Mio EURO anwachsen.

Ich will hier die Frage stellen, was wäre, wenn diese Zahlen in den Jahren der Haushaltsverabschiedung bekannt gewesen wären?

Richtig ist es, in Kenntnis der jetzigen Haushaltsplanung, den Pensionsfonds um 1 Mio EURO zu erhöhen.

Bund, Länder und Kommunen haben im letzten Jahr ein Rekordergebnis an Steuereinnahmen erzielt. Die Prognose für die Zukunft lautet allerdings: „Die fetten Jahre sind bald vorbei“, so haben viele Experten und Medien dieses Rekordergebnis kommentiert.

Wesentlicher Grund für den ausgeglichenen Haushaltsplan in diesem Jahr sind die erhöhten Einnahmen und nicht intensive Einsparbemühungen. Ich will hier gern einräumen, dass viele zusätzliche Aufgaben der Stadt pflichtige Ausgaben sind.

Die Verschuldung der Stadt erhöht sich bis zum Jahr 2016 aufgrund beschlossener Investitionen auf 148 Mio EURO.

Weitere Ausgaben für Bildung, Investitionen für die Gesamtschule und für die Grundschulen sind erforderlich. Aus diesem Grunde wird die CDU Fraktion trotz erhöhter Einnahmen in den letzten Jahren den Schuldendeckel nicht verändern. Es ist nicht das Ziel den Schuldendeckel zu erreichen, sondern Schulden zurückzuführen und zu minimieren.

Ich habe vorhin den JU-NRW-Tag erwähnt und auf die Aussagen der jungen Generation hingewiesen. Wir müssen auch in unserer Stadt für die Finanzpolitik einen Weg finden, damit die Belastung für nachfolgende Generationen zumutbar ist. Dieser Weg muss aber auch beinhalten, dass notwendige Investitionen für die Zukunft nicht blockiert sind, die Stadt muss attraktiv bleiben.

Investitionen in Bildung und Straßen müssen nicht in Konkurrenz zueinander stehen.

Zu diesem Thema hat die CDU-Fraktion eine Pressemitteilung herausgegeben.

Die Formulierung war klar und allgemein verständlich. Aus der Reaktion der SPD muss ich vermuten, dass doch nicht alles verstanden wurde. Aus diesem Grunde will ich einen Satz wiederholen:

„Entscheidend ist, dass im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Prioritäten festgelegt werden, die sowohl Investitionen in Bildung als auch in Straßen berücksichtigen.

Innerhalb dieser Prioritätenliste können dann Investitionen für Bildung vordere Plätze belegen“.

Verwaltungsseitig soll der Prozess für eine strategische Zielentwicklung durchgeführt werden. Ohne Ziele ist eine sinnvolle Zukunftsplanung nicht möglich. Erforderlich ist es mittel- und langfristige Ziele zu formulieren und mit Prioritäten zu versehen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Zu vielen politischen Themen gibt es oftmals mehrere Lösungen, aber letztendlich muss eine Entscheidung fallen. Manchmal gibt es auf Fragen auch mehrere Antworten. Nicht zu akzeptieren ist aber, wenn Diskussionen und Entscheidungen umgedeutet werden.

Es liegt im System der Demokratie, dass Entscheidungen durch Mehrheiten fallen und entsprechend umzusetzen sind.

Wir müssen akzeptieren, dass es auch für abweichende Meinungen gute Gründe geben wird.

Gegenseitiges Vertrauen ist die Grundlage jeder Beziehungen, sei es im privaten Bereich, in Vereinen und Vereinigungen oder in der Politik.

Im letzten Jahr war eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen CDU-Fraktion und Teilen des Verwaltungsvorstandes nicht immer möglich.

Herr Bürgermeister, sie haben einen Beitrag dazu geleistet.

Aus Sicht der CDU-Fraktion haben sie sich in eine Sandwich-Position zwischen Kämmerer und Baudezernenten drängen lassen.

Das Vertrauen war, um es vorsichtig auszudrücken, gestört.

Wir wollen hier als CDU-Fraktion nicht nachkarten. Der Blick geht in die Zukunft, getragen von der Hoffnung auf eine veränderte Zusammenarbeit.

Ich verweise auf die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen, hier heißt es: "Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt".

Nachfolgend Stellungnahmen der CDU-Fraktion zu weiteren Themen.

Schule

Bildung ist in den letzten Jahren zu einem der Schlüsselwörter für die zukünftige Entwicklung der nachfolgenden Generation geworden. Bildung ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Kinder und Jugendlichen Perspektiven für die Zukunft haben. Die Politik kann und muss auch vor Ort dazu beitragen, dass unsere Kinder eine wirkliche Chance im künftigen Berufsleben erhalten.

Für die CDU ist und bleibt der Elternwille ein hohes Gut.

Im letzten Jahr ist die Entscheidung zur Errichtung einer Gesamtschule gefallen.

Mit dieser Schulform wird das Schulangebot in unserer Stadt bereichert, wir wünschen der neuen Schule, der Schulleitung und dem Kollegium eine glückliche Hand und Gottes Segen.

Die Verwaltung fordern wir auf, notwendige Um- und Erweiterungsmaßnahmen zügig umzusetzen.

Der Ratsbeschluss zur Erweiterung des Georgs-Gymnasiums ist über 2 Jahre alt, am Benölkenplatz ist immer noch ein großes Loch.

Wir können uns eine ähnliche Vorgehensweise für die Gesamtschule nicht erlauben.

In den letzten Jahren sind viele Schulgebäude, vor allem die weiterführenden Schulen, renoviert, erweitert oder saniert worden. Hierbei war das Konjunkturpaket eine große Hilfe.

Wir wissen, wie wichtig die Grundschule in den jeweiligen Stadtteilen ist.

Ziel der CDU ist es, jungen Familien gerade in Zeiten des demografischen Wandels ein wohnungsnahes Grundschulangebot zu machen.

Wenn Bildung unserer Kinder die wichtigste Zukunftsaufgabe ist, dann ist es erforderlich in den nächsten Jahren auch in die Schulgebäude der Grundschulen zu investieren. Im Schulentwicklungsplan für die Grundschulen sind die erforderlichen Maßnahmen aufzuzeigen und in der Finanzplanung zu berücksichtigen.

Die CDU unterstützt das Ziel der Inklusion im Schulbereich.

Auch hier ist der Elternwille entscheidend und die bestmögliche Förderung der Kinder ist eine wesentliche Voraussetzung. Durch die Umsetzung der UN Konvention entstehen Aufwendungen in den betroffenen Schulen. Das Land muss die entstehenden Mehrkosten ausgleichen.

Ehrenamt

Im Jahr 2009 hat die CDU Fraktion beantragt mit Städten vergleichbarer Größenordnung, die bereits eine Ehrenamtskarte eingeführt haben, Kontakt aufzunehmen, um Erfahrungen dieser Städte zu nutzen. Es freut uns, dass es nunmehr auch in Bocholt die Ehrenamtskarte als Anerkennung für geleistete Ehrenamtstätigkeit gibt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen ehrenamtlich Tätigen bedanken.

Wirtschaftsförderung

Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, Arbeitsplätze zu sichern und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, damit sich weiterhin Unternehmen in Bocholt ansiedeln oder in Bocholt verbleiben.

Die CDU befürwortet nach wie vor den Bau des GuD Kraftwerkes in Bocholt, aber wir dürfen uns nicht immer wieder von Jahr zu Jahr vertrösten lassen. Die Stadt Bocholt hat alles dafür getan, damit dieses Kraftwerk gebaut werden kann.

Wir wissen, dass es unter den heutigen Bedingungen nicht möglich ist ein GuD-Kraftwerk betriebswirtschaftlich erfolgreich zu betreiben. Ist es dann sinnvoll ein hoch belastbares Grundstück jahrelang vorzuhalten? Wir halten es für besser, wenn unsere Wirtschaftsförderung sich aktiv um die Vermarktung des Grundstückes kümmert.

Die Entscheidung über die Elektrifizierung der Bahnstrecke Bocholt Wesel tritt in die entscheidende Phase.

Heute habe ich über meine Kontakte zum Fraktionsvorsitzen der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR die Information erhalten, dass die Elektrifizierung der Bahnstrecke Bocholt Wesel auf einem guten Weg ist.

Die Machbarkeitsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass die Rahmenbedingungen günstig sind.

Beim VRR laufen die Vorbereitungen zur Beauftragung der Vorplanung nach den HOAI Leistungsphasen 1 und 2.

Ziel der weiteren Planung ist eine Umsetzung der Elektrifizierung zur Inbetriebnahme des Niederrheinnetzes im Dezember 2016

Das Hertie-Gebäude ist im letzten Jahr mit Bildern von Bocholter Bürgern verhüllt worden. Wir hoffen, dass in diesem Jahr, auch für die Immobilie Sinn-Leffers, eine tragfähige Lösung gefunden wird.

Die Westfälische Hochschule ist ein wesentlicher Faktor auch für die heimische Wirtschaft. Auch hier gilt der Appell an die Entscheidungsträger, den Masterstudiengang in Bocholt einzuführen.

Kennzeichen BOH

Auf Antrag der CDU ist es gelungen, nunmehr auch für unsere Stadt das Alt-Kennzeichen BOH wieder einzuführen. Über 6.000 Reservierungen zeigen den Wunsch der Bevölkerung eindeutig.

Ich will auch klar und deutlich sagen, dieses Anliegen ist ein Bekenntnis der Bürger zu ihrer Stadt und der Antrag ist und war nicht gegen den Kreis gerichtet.

Die CDU unterstützt jegliche Zusammenarbeit mit dem Kreis.

Bauen und Wohnen

Im letzten Jahr ist der Bürgerradweg Liedern fertiggestellt worden.

An dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit der Bürgerinitiative.

Eines der wichtigsten Projekte der Zukunft ist das Projekt KuBAal.

Hierzu hat es in den letzten Wochen einige Irritationen gegeben in Bezug auf die heimischen Firmen Herding und Iben. Ziel muss sein, dass im Rahmen der Entwicklung des Quartiers an der Industriestraße diese Firmen in unserer Stadt verbleiben.

Wir fordern den Bürgermeister auf, weitere Gespräche mit den Beteiligten zu führen.

Alleingänge aus der Politik sind hier nicht hilfreich.

Wir gehen nach wie vor davon aus, dass eine Realisierung im Rahmen des gesteckten Kostenrahmes möglich ist. Neben dem Kulturbereich wird hier auch ein stadtnahes Wohnen ermöglicht.

Zur Weber-Insel bzw Messing-Gelände ist eine Insel-Lösung mit Umleitung der Aa geplant, sicherlich eine interessante Perspektive. Erforderlich ist ebenfalls eine alternative Planung ohne Umleitung der Aa, mit und ohne Einbindung von Flächen des Kleingartens.

Aktuell gibt es eine öffentliche Diskussion über steigende Mieten in den Innenstädten. Ein Grund dafür ist der Trend zurück vom Land in die Innenstadt, aber auch das geänderte Wohnverhalten der Bevölkerung. Die neuen Wohngebiete können nicht alle Probleme lösen, da in unserer Stadt nicht ausreichend Grundstücke vorhanden sind, um weiteren Wohnraum zu schaffen.

Wir müssen uns mit der Nachverdichtung intensiv beschäftigen, bevor wir im Außenbereich neue Wohngebiete entwickeln.

In diesem Zusammenhang sollten wir über den im Jahre 2002 gefassten Beschluss des Ausschusses für Planung und Bau neu nachdenken. Dieser Beschluss sagt aus, Bebauungsplanverfahren zur

Schaffung von zusätzlichen Wohneinheiten auf privaten Grundstücken nur nach Vorlage der Einverständniserklärung aller Betroffenen durch den Antragsteller einzuleiten.

In der Sachdarstellung zum damaligen Beschluss heißt es: "Bei objektiver Betrachtung ist jedoch nicht erkennbar, welchen Belangen/welcher Seite das größere Gewicht beizumessen ist".

Hier muss eine Lösung im öffentlichen Interesse gefunden werden, eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Regelung ist nicht zu erreichen.

Eine Lösung ist auch für das alte Feuerwehrgelände an der Bleiche erforderlich, ich verweise hier auf den Antrag der CDU-Fraktion zu den Haushaltsberatungen.

Der Nordring bleibt weiterhin auf der Agenda, die Spange Barloer-Burloer-Weg soll im Jahr 2015 erstellt werden.

Mittelfristig ist die Erstellung weiterer Teilabschnitte erforderlich.

Die CDU-Fraktion hat deshalb im Hauptausschuss beantragt, dem Bauausschuss eine aktuelle Kostenaufstellung vorzulegen mit Angabe möglicher Landesmittel.

Mitte letzten Jahres ist beschlossen worden den Fahrradstand für die Bediensteten der Verwaltung zu erweitern. Die Mitarbeiter wollen nur ihre Fahrräder unterstellen, erforderlich sind dafür ausreichend Stellplätze und ein sauberes Umfeld. Wir fordern die Verwaltung auf, die Maßnahme umgehend umzusetzen.

Bei Beerdigungen wird immer mehr die Trauerfeier in die Friedhofshalle verlagert.

Für viele dieser Trauerfeiern ist die Friedhofshalle nicht geeignet. Wir müssen über eine bedarfsgerechte Lösung nachdenken. Der Denkmalschutz darf eine mögliche Lösung nicht ausbremsen.

Wir fordern sie, Herr Bürgermeister auf, einen Vorschlag ausarbeiten zu lassen.

Soziales

Durch den geforderten Hochwasserschutz ist der Baubeginn des Flüchtlingsheimes verzögert worden, die Baukosten steigen deshalb um 200 T EURO.

Wir fordern die Verwaltung auf, das Gebäude zügig fertigzustellen. Es ist unsere Pflicht, auch aus christlicher Überzeugung heraus, diese Menschen menschenwürdig zu behandeln.

Im letzten Jahr hat das Thema Gewalt wieder ein hässliches Gesicht bekommen. Auch in unserer Stadt sind städtische Mitarbeiter nicht verschont geblieben. Wir verurteilen jede Art von Gewaltandrohung und Gewaltanwendung. Es darf nicht sein, dass städtische Mitarbeiter vom Sicherheitsdienst geschützt werden müssen, aber leider ist es erforderlich.

Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, auch für die geringste Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung kein Verständnis zu zeigen. Es gilt hier hinsehen und nicht wegsehen

Sport

Ausdrücklich loben möchte ich die Sportverwaltung und den Stadtsportverband für die gelungene Veranstaltung zur Sportlerehrung.

Die geehrten Sportler haben bewiesen, dass wir in Bocholt eine breite Palette der Sportarten und Sportangebote für alle Altersklassen haben. Die Vielfalt der Sportmöglichkeiten gilt es zu erhalten und auch zukünftig zu fördern.

Viele Städte haben Kunstrasenplätze errichtet, auch in unseren Nachbargemeinden ist das Thema aktuell. Erforderlich ist die Erstellung eines Konzeptes mit Finanzplan.

Seit einem Jahr ist das Fildeckenbad geschlossen und die Schwimmsport treibenden Vereine haben damit ein großes Problem. Trainingsstunden fallen aus, für einen ganzen Jahrgang der Kinder sind wichtige Kurse zum Schwimmunterricht ausgefallen.

Ich will hier nicht nach Schuldigen suchen, aber den dringenden Appell an die Verantwortlichen richten alles zu unternehmen, damit in Kürze der Schwimmsport wieder zu seinem Recht kommt.

Ich möchte noch einen Satz zum Thema Fusion von Vereinen verlieren.

Die Gesellschaft verändert sich, nicht nur aufgrund der demografischen Entwicklung. Unsere Sportvereine müssen sich dieser Veränderung stellen.

Die CDU begrüßt ein sinnvolles Zusammengehen von Vereinen.

Der TSV Bocholt ist ein Beispiel für eine gelungene Fusion. Auch der Karneval hat gezeigt, ein Zusammenschluss funktioniert. Hier wurde aus Stadtgarde und Prinzengarde die Stadtprinzengarde mit neuen ansprechenden Uniformen.

Bei allen Diskussionen und öffentlichen Beiträgen über Fusionen dürfen wir etwas nicht vergessen, es gibt in unserer Stadt viele funktionierende Vereine, die für die Zukunft gut aufgestellt sind.

Jugend und Familie

Ab August 2013 gibt es einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Kleinkinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr.

Aufgrund dieses Rechtsanspruches und durch die Zurücksetzung des Einschulungsalters, festgelegt durch die Landesregierung, müssen in Bocholt zusätzlich zwei Kindertageseinrichtungen gebaut werden. Über eine Übergangslösung sind die Eltern bereits informiert worden. Bei allen Überlegungen wie wir die gesetzlichen Vorgaben für die U-3 Betreuung erfüllen können, dürfen wir nicht vergessen, dass wir auch genügend Plätze für über 3-jährige Kinder benötigen und diese auch fördern müssen.

Die CDU begrüßt, dass diese Kindertagesstätten gebaut und andere erweitert bzw. verlagert werden. Damit sind wir auf einem guten Weg die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen.

Die Stadt Bocholt ist bisher in der glücklichen Lage, keine eigenen Kindertagesstätten zu bauen, da sich immer noch Träger für diese zukunftsweisende Aufgabe finden.

Daher gilt den Trägern der Einrichtungen unser Dank und unsere Unterstützung.

Wir investieren immer mehr in Betreuung der Kinder. Auf diese Weise leisten wir einen wesentlichen Beitrag für junge Familien, die deshalb Beruf, Familie und Kindererziehung organisieren können.

Der Kostenanteil der Stadt beträgt für die Tagesbetreuung von Kindern ca. 9 Mio EURO netto, davon allein fast 1 Mio EURO für die U3 Betreuung.

Aufgabe der Stadt ist es, genügend Betreuungsmöglichkeit für Kinder vorzuhalten, aber wir dürfen Eltern, die aus Überzeugung ihr Kind in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreuen wollen nicht diffamieren.

Unter der Schlagzeile „Familienpolitik unwirksam“ ist Anfang des Monats eine Studie bekannt geworden, die eine Diskussion über die Förderung der Familien ausgelöst hat.

Sicherlich ist eine Überprüfung der Familienförderung sinnvoll, aber eine Beurteilung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen mit Gewinn und Verlustrechnung ist nicht zielführend. Außerhalb der Schlagzeilen zur Familienpolitik gibt es auch Umfragen die ermittelt haben, dass es ein großer Wunsch der Eltern ist mehr Zeit für die Familie und die Kinder zu haben.

Wir diskutieren immer mehr darüber wie wir eine arbeitsmarktgerechte Familienpolitik gestalten können. Wichtiger ist es eine familiengerechte Arbeitsmarktpolitik zu erreichen.

In seiner letzten Sitzung hat der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Neuregelung des Familienpasses zu erarbeiten.
Die CDU-Fraktion begrüßt diesen Auftrag.

Demografie

Der Bürgermeister hat in seiner Rede zum Haushalt auf den Masterplan Demografie hingewiesen. Verschiedene Fachforen haben unter Beteiligung der Bürger stattgefunden. Bei einer immer älter werdenden Bevölkerung ist es wichtig, rechtzeitig die entsprechenden Stellschrauben zu bedienen, damit sowohl ältere als auch jüngere Generationen eine Stadt vorfinden, die lebenswert ist.

Wir sind gespannt auf den Masterplan und die daraus abzuleitenden Empfehlungen.

Umbenennung von Straßen

In Essen hat Anfang dieses Monats ein Bürgerentscheid zur Umbenennung von Straßen stattgefunden. Bei einer Wahlbeteiligung von 30 % stimmten 80 % gegen die Umbenennung der Straßen.

Eine Befragung in Bocholt hat ein ähnliches Ergebnis gezeigt.

Wir können nicht die Bürger fragen und ihnen anschließend sagen, eure Antwort gefällt uns nicht.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsplan zustimmen.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken. Geben Sie den Dank bitte an die Mitarbeiter weiter.

Zum Ende meiner Ausführungen noch ein Wort zur Politikverdrossenheit.

In den Medien wurde veröffentlicht, dass Im Mai des letzten Jahres 35 Prozent von 1003 Befragten antworteten, das größte Problem Deutschlands seien Politiker und Parteien, weit vor Arbeitslosigkeit, Atomausstieg oder Inflation. 63 Prozent glaubten, dass die Politiker nicht die Interessen des Landes im Blick hätten, sondern eher auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien.

Als ich Mitte des letzten Jahres gebeten wurde zu einer Silberhochzeitsmesse eine Fürbitte zu formulieren und vorzutragen fiel mir diese Umfrage wieder ein.

Ich will schließen mit dieser Fürbitte

Herr, wir bitten darum, dass auch in Zukunft Bürger mit christlicher Überzeugung Verantwortung in der Politik übernehmen.

Gib ihnen Einsicht, Stärke und Mut, Entscheidungen am Gemeinwohl zu orientieren und nicht nach persönlichen Vorteilen oder nach populistischen Strömungen.